

EUROPÄISCHER BRIEF VOM 30.4.2008

von Peter Egardt, Präsident der Vereinigung schwedischer Wirtschaftskammern und
Vizepräsident der Eurochambres

Was birgt die Zukunft für die EU?

LETTRE EUROPÉENNE DU 30.4.2008

par Peter Egardt, Président de l'Association des Chambres de Commerce Suédoises et
Vice-président de l'Eurochambres

Quel avenir pour l'UE?

EUROPEAN LETTER OF THE 30.4.2008

by Peter Egardt, President of the Association of Swedish Chambers of Commerce and
Deputy-President of the Eurochambres

What is in the future for the EU?

EUROPEAN SOCIETY



COUDENHOVE-KALERGI

ASSURER LE PROJET EUROPE – DAS PROJEKT EUROPA SICHERN – GUARENTEE THE PROECT EUROPE

KOMMENTARE AN – COMMENTAIRE Á – COMMENTS TO

EUROPEAN-SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien, Tel +43-1-40126-361, Fax +32-1-40126-369

cks@coudenhove-kalergi-stiftung.org

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi Gesellschaft herausgegeben, die in Erinnerung an den Gründer der Paneuropa-Bewegung geschaffen worden ist. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen, die in Sorge um die Zukunft des Projektes Europa alles versuchen möchten, um dessen erfolgreiche Weiterentwicklung zu sichern. In einem offenen, konstruktiv-kritischen Dialog sollen die Hoffnungen und Chancen, die Zielsetzungen und Institutionen eines in vielgestaltiger Einheit verbundenen Kontinents in den Hirnen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger Europas immer fester verankert werden.

Richard Coudenhove-Kalergi, Sohn eines Diplomaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und seiner japanischen Frau, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes, das in einer Welt neuer Herausforderungen und Bedrohungen mit den Anstrengungen der Besten unseres Kontinents weiter entfaltet und vertieft werden muss. Nichts und niemand soll eine erfolgreiche Fortführung dieses Werkes ernsthaft gefährden dürfen.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung wurde formell in die Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi umgewandelt und will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

*Dr. Alois Mock, Vizekanzler und Außenminister a.D.
Präsident der Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi*

Was birgt die Zukunft für die EU?

von Peter Egardt

Die Europäische Union hat ihre ersten 50 Jahre des Bestehens gefeiert. Und ohne Zweifel gibt es viele gute Gründe diesen Jahrestag zu feiern. Die Gründung und Entwicklung der EU ist im Großen und Ganzen eine Erfolgsgeschichte. Kriege konnten vermieden werden. Die EU ist zum weltgrößten Binnenmarkt geworden, der rund 500 Millionen Menschen umfasst. Viele der Mitgliedsländer sind außerdem durch die einheitliche Währung, den Euro, verbunden, der sich seit seiner Einführung zu einer Leitwährung der Weltwirtschaft entwickelte. Und schon bald werden weitere EU-Mitgliedsländer am Euro-Raum teilnehmen. Die Europäische Integration hat von den sechs Gründerstaaten aufgrund gemeinsamer Wirtschaftsinteressen bei Kohle und Stahl ihren Ausgang genommen und sich mittlerweile zu einer Union mit 27 Mitgliedsländern entwickelt, deren Ziele wesentlich weiter gesteckt sind als in den Anfangsjahren.

Also genießen wir diese Erfolgsgeschichte für eine Weile. Aber nicht allzu lange. Denn der bisherige Erfolg der EU darf die Tatsache nicht ausblenden, dass die Union heute vor größeren Herausforderungen denn je steht. Erlauben Sie mir, nur einige davon zu nennen und mich schließlich auf zwei Bereiche zu konzentrieren, in denen eine Reform dringend ansteht und bald Entscheidungen gefällt werden müssen.

Die Welt ist in den vergangenen Dekaden enger zusammengerückt. Die Weltbevölkerung ist in den letzten vierzig Jahren um zwei bis drei Milliarden gewachsen. Globalisierung bedeutet härterer Wettbewerb unter den Ländern und zwischen den Unternehmen, aber gleichzeitig auch größere Möglichkeiten. Die EU muss dieser Tatsache ins Auge sehen und die Mitgliedsländer ermutigen, Reformen durchzuführen, die die globale Wettbewerbsfähigkeit steigern – dazu gehören Verbesserungen für den freien Personenverkehr und höhere Mobilität auf dem Arbeitsmarkt; Ankurbelung der

Innovationen durch größere Investitionen in Bildung; Forschung und Entwicklung; Ermutigung des Unternehmensklimas und Förderung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die Globalisierung bringt aber auch einen gesteigerten Bedarf an gemeinsamen Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus, zur Vorbeugung von Kriegen, für den Umweltschutz und im Umgang mit dem Klimawandel mit sich. Das bedeutet, dass eine engere Zusammenarbeit innerhalb der Union in diesen Bereichen notwendig ist. Die positive Entwicklung im Kosovo abzusichern ist nur ein Aspekt der Verantwortlichkeiten der Union.

Der Erfolg der EU wird auch in Zukunft von ihrer Bereitschaft zu Offenheit abhängen. Die EU muss für neue Mitgliedsstaaten offen bleiben, die die Kriterien der Mitgliedschaft erfüllen, Neue Mitglieder sollten willkommen sein und viele stehen bereits in der Warteschlange.

Allerdings möchte ich mich in meinem Beitrag auf zwei praktische Herausforderungen konzentrieren: die Notwendigkeit, das EU-Budget zu reformieren und die Notwendigkeit, die EU selbst zu stärken, damit sie in der Lage ist, das Funktionieren des Binnenmarktes besser zu kontrollieren.

Die Notwendigkeit einer EU-Budget-Reform – von der gemeinsamen Agrarpolitik zu mehr Wettbewerbsfähigkeit

Das EU-Budget ist den geänderten Umständen in Europa nicht gerecht geworden. Dies wird offensichtlich, wenn man die Veränderungen, die mit der Globalisierung einhergegangen sind, betrachtet und man die Notwendigkeit bedenkt, sich an eine immer mehr dienstleistungsorientierte Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen. Neben anderen Herausforderungen zähle ich darunter insbesondere die Notwendigkeit der Mobilitätssteigerung der Bürger, der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und von Innovationen, die Notwendigkeit, demographische Herausforderungen und den Druck durch Migration zu bewältigen, sämtliche Umweltbelange und insbesondere den Klimawandel in Angriff zu nehmen. Das EU-Budget scheint eigenen Gesetzen zu folgen, die die Politik und Ziele der Vergangenheit reflektieren und dabei sowohl politische als auch juristische Flexibilität vermissen lässt.

Die gegenwärtige Budgetzuordnung spiegelt die politischen Kompromisse der Vergangenheit wider, in der die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft gespielt hat. Konvergenz und Verteilung waren die Schwerpunkte jener Politik. Und politische Kompromisse wurden an die erste Erweiterungswelle mit Spanien und Portugal gebunden, die von der finanziellen Unterstützung im Rahmen der Strukturförderungen in Abhängigkeit gerieten.

Bei Erweiterung und Kohäsion der EU haben die Budgetressourcen tatsächlich eine wichtige Rolle gespielt. Aber noch bis in die Gegenwart sind die Hauptempfänger aus dem EU-Budget die alten Mitgliedsstaaten – z.B. erhält Frankreich ca. 13,5 Milliarden Euro, Spanien 12,9 Milliarden, Deutschland 12,2 Milliarden, Italien 10,9 Milliarden und Großbritannien 8,3 Milliarden Euro. Ein großer Teil des EU-Erweiterungsbudgets für die neuen Mitgliedsländer ging in die Subvention der Landwirtschaft. Aber sollte es nicht eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, einen Beitrag zu leisten, um die größten Wissens- und Innovationslücken der Gesellschaft zu füllen und eine Basis für unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit zu legen?

Die gegenwärtig gehandhabte Budgetverteilung ist für die aktuelle wirtschaftliche Situation Europas und dessen Arbeitsmarkt von geringer Relevanz. In vielen der Mitgliedsstaaten hat der Dienstleistungssektor sowohl die Landwirtschaft als auch den produzierenden Sektor als Hauptarbeitgeber und Motor des Wirtschaftswachstums überholt.

Das verdeutlicht, dass es ein großes Verbesserungspotential bei der Verteilung des EU-Budgets gibt. Erstens ist es notwendig, die Mittelverteilung mehr in Richtung Steigerung des Wirtschaftswachstums und weniger in Richtung Umverteilung zu fokussieren. Zweitens sollte das Budget auf Bereiche gerichtet werden, in denen Europa einen klaren Vorteil in den „economies of scale“ (Kostensparnis durch Massenproduktion) aufweist, sowie auf öffentliche Güter – wie zum Beispiel auf Forschung und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Verkehr und andere Infrastrukturprojekte.

Wenn man die Ziele und Wege der Verteilung des EU-Budgets überdenkt, müssen Subsidiarität und Effizienz miteinbezogen werden. Viele Unternehmen und Interessensgruppen, die mit den unterschiedlichen von der EU finanzierten Programmen vertraut sind, finden die Verfahren zu bürokratisch und schwerfällig. Eine Vereinfachung brächte den zusätzlichen Mehrwert, das Budget zu entlasten und man könnte es den Mitgliedsstaaten oder dem Markt überlassen, wie die Mittel verteilt werden. Die EU sollte zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt und auf globaler Ebene beitragen, was bedeutet, dass EU-Ausgaben bzw. Subventionen den freien Handel und den freien Wettbewerb nicht konterkarieren dürfen. Wir dürfen auch nicht in die Falle tapen, in Umweltbelangen in eine ähnliche Situation zu geraten wie bei der durch die EU subventionierten und wettbewerbsverzerrenden Unterstützung für die Landwirtschaft (Gemeinsame Agrarpolitik).

Aus dem Bericht der Kommission über die finanzielle Vorschau für 2007-2013 kann man schließen, dass ca. 70% des EU-Budgets für Umverteilungsmaßnahmen aufgewendet werden – z.B. 36% für kohäsionsbezogene Bereiche und fast 34% für die Gemeinsame Agrarpolitik. Nur ca. 9% sind wachstumsorientierte Ausgaben und an die Förderung von Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur gebunden. Die EU benötigt eine Verlagerung ihrer Prioritäten hin zu wachstumsstimulierenden Zielen.

Die Perspektive der EU-Budgetausgaben sollte daher von unternehmerischen Überlegungen hin zu politischen Zielsetzungen schwenken: Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung, Investitionen in die Infrastruktur - z.B. in transeuropäische Vernetzung des Transportwesens und bei der Energieversorgung - Verbesserungen des Binnenmarktes, der vier Freiheiten und ihrer Umsetzung. Ein entscheidender Punkt zur Durchsetzung wäre eine verbesserte Kooperation zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten. Ebenso müssten substantielle Investitionen in die Vergabe von öffentlichen Aufträgen (und e-procurement) vorgenommen werden. In all diesen Bereichen könnten Mittel aus dem EU-Budget eine wichtigere Rolle spielen.

Durchsetzung des Binnenmarktes

Der freie Güter-, Kapital-, Personen- und Dienstleistungsverkehr ist nicht so frei wie er es sein sollte. Um es offen auszusprechen: in vielen Bereichen gibt es keinen gut funktionierenden Binnenmarkt. Sogar nachdem die EU eine bestimmte Richtlinie beschlossen hat, die eine Harmonisierung beabsichtigt, Hindernisse beseitigt und das Spielfeld für Unternehmen ebnet, werden neue Barrieren auf nationaler Ebene errichtet. Bestimmte nationale Ergänzungen zur Richtlinie werden vorgenommen – im EU-Jargon auch „gold plating“ genannt – die relativ oft wirksame Hindernisse gegen eine tiefere Integration des Binnenmarktes darstellen. Und die EU kann selten etwas dagegen

unternehmen. Mein Vorschlag wäre daher, die Kontrollfunktionen der Kommission substantiell zu stärken um zu gewährleisten, dass EU-Recht so implementiert wird, dass der freie Wettbewerb im Binnenmarkt nicht beschnitten werden kann. Warum gibt man den nationalen EU-Vertretungen nicht mehr Macht und Mittel, damit sie das Funktionieren des Binnenmarktes, dessen Durchsetzung und die Implementierung der verschiedenen Regeln und Regulierungen nachgehen können, so wie das in anderen Bereichen wie dem Wettbewerb geschieht?

Ich fasse zusammen: Es ist höchst an der Zeit den internen Reformprozess zu beschleunigen, um zur „wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsgemeinschaft der Welt“ zu werden. Zwei Schlüsselbereiche einer Reform sind das Budget und der Binnenmarkt. Wir können es uns nicht leisten, die europäische Nabelschau noch länger zu betreiben. Unsere Herausforderungen sind größer. Aber auch unsere Verantwortung uns selbst und dem Rest der Welt gegenüber. Ich bin mir sicher, dass die EU die Möglichkeiten hat, auch in den nächsten 50 Jahren eine treibende Kraft für Frieden und Wohlstand zu sein.

LETTRE EUROPÉENNE DE LA SE-CK – SOCIÉTÉ EUROPÉENNE COUDENHOVE-KALERGI

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Société Coudenhove-Kalergi qui a été constituée en mémoire du fondateur du Mouvement paneuropéen. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés qui, soucieux de l'avenir du projet européen, souhaitent mettre tout en œuvre afin de consolider avec succès son développement ultérieur. C'est à travers un dialogue ouvert, à la fois critique et constructif, que les espérances et les chances, les buts et les institutions d'un continent dont l'unité résulte de sa diversité devraient s'ancrer toujours plus fortement dans l'esprit et le cœur des citoyennes et des citoyens de l'Europe.

Richard Coudenhove-Kalergi, fils d'un diplomate de la monarchie austro-hongroise et de son épouse Japonaise, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contrepoids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen. Dans un monde où se profilent de nouvelles provocations et de nouvelles menaces, ce projet doit être davantage développé et approfondi grâce aux efforts des élites de notre continent. Rien ni personne ne doit pouvoir sérieusement mettre en danger la poursuite de cette œuvre couronnée de succès.

La Société Européenne Coudenhove-Kalergi, créée comme Fondation en 1978, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

*Alois Mock, Vice-Chancelier et ancien Ministre des Affaires étrangères.
Président de la Société Européenne Coudenhove-Kalergi*

Quel avenir pour l'UE?

par Peter Egardt

L'Union européenne a célébré ses premiers 50 ans d'existence. Et il existe de nombreux motifs de célébrer. La création et le développement de l'UE sont globalement une réussite. Des guerres ont pu être évitées. L'UE est devenue le plus grand marché intérieur mondial, qui comprend quelque 500 millions de consommateurs et de producteurs. De nombreux Etats membres sont également unis par une monnaie commune, l'Euro, qui est devenue incontournable dès sa création, et d'autres Etats ne vont pas tarder à rejoindre l'espace euro. A partir des six premiers membres unis par leur intérêt commun dans le charbon et l'acier, l'Union est passée à 27 Etats-Unis par des intérêts et des objectifs bien plus vastes.

Réjouissons-nous donc un moment. Mais pas trop longtemps. Car le succès actuel de l'UE ne doit pas cacher le fait que l'Union doit aujourd'hui affronter des défis comme elle ne n'en a jamais connus jusqu'à présent. Permettez-moi d'en citer quelques uns, puis de me concentrer sur deux domaines dans lesquels il est urgent d'apporter des réformes et où des décisions doivent être prises dans un proche avenir.

Le monde est aujourd'hui bien plus grand qu'il y a seulement quelques décennies. La scène globale s'est agrandie de 2 milliards de producteurs et de consommateurs. La globalisation entraîne une compétition accrue pour les Etats et les entreprises mais accroît aussi les possibilités. L'UE doit prendre cela en considération et encourager les réformes nationales et les changements dans les Etats membres qui agrandissent notre compétitivité globale, tels que l'amélioration de la libre circulation et de la mobilité dans le marché du travail, l'encouragement des innovations en investissant davantage dans

l'éducation, la recherche et le développement, le soutien à l'esprit d'entreprise et au développement des petites et moyennes entreprises.

La globalisation signifie aussi un besoin accru d'action conjointe pour combattre le terrorisme, prévenir les guerres, protéger l'environnement, et traiter du changement climatique. Ce qui implique une Union plus forte dans ces domaines. Assurer un développement positif du Kosovo n'est qu'un des aspects de la responsabilité de l'Union.

Le succès de l'UE dépendra aussi à l'avenir de sa capacité d'ouverture et d'accueil. L'UE doit continuer à accueillir les nouveaux Etats qui remplissent les critères d'adhésion. De nouveaux membres devraient être admis. Il y a des pays qui sont déjà dans l'antichambre.

Je me concentrerai néanmoins sur deux défis pratiques et concrets : le besoin de réformer le budget de l'UE et le besoin de renforcer l'UE pour qu'elle soit en mesure de mieux superviser le fonctionnement du marché interne.

Le besoin de réforme du budget de l'UE – de la PAC à la compétitivité

Le budget de l'UE n'a pas suivi les besoins changeants de l'Europe. C'est évident si l'on regarde les changements issus de la globalisation et que l'on prend en compte la nécessité de s'adapter à une économie et à une société davantage orientées vers les services et la connaissance, le besoin de relancer la mobilité, la compétitivité et l'innovation, de venir à bout du défi démographique et de la pression migratoire, de s'attaquer aux problèmes d'environnement et de changement climatique, entre autres. Le budget de l'UE semble suivre ses propres règles, qui reflètent la politique et les objectifs du passé. Il n'a pas la flexibilité ni politique ni juridique de s'adapter.

L'actuelle enveloppe budgétaire reflète le compromis trouvé par le passé, lorsque l'agriculture tenait un rôle important dans l'économie, avec la convergence et la redistribution comme points centraux, le compromis politique étant lié à la première vague d'élargissement (Espagne et Portugal), elle-même dépendait du soutien financier dans le cadre des fonds structurels.

Les ressources budgétaires de l'UE ont véritablement joué un rôle important lorsqu'il s'est agi d'élargissement et de cohésion. Mais aujourd'hui encore les principaux bénéficiaires du budget sont les anciens Etats membres – p. ex. la France qui reçoit quelque 13,5 milliard d'euro, l'Espagne 12,9 milliards, l'Allemagne 12,2 milliards, l'Italie 10,9 milliards et la Grande-Bretagne 8,3 milliards. Une grande partie des ressources budgétaires liées à l'élargissement et aux nouveaux Etats membres a été utilisée pour soutenir l'agriculture. Une des plus grandes tâches ne devrait-elle pas plutôt consister à contribuer à combler les lacunes de la société en matière de connaissances et d'innovations et à jeter ainsi les bases de notre future compétitivité ?

L'enveloppe budgétaire actuelle est peu importante en matière d'économie et d'emplois dans l'Europe d'aujourd'hui où, dans de nombreux Etats membres, le secteur des services a dépassé l'agriculture et le secteur industriel en tant qu'employeur et moteur de croissance.

Il existe manifestement un grand potentiel d'amélioration dans la distribution du budget de l'UE. Premièrement, le budget doit se concentrer davantage sur la croissance et moins sur la redistribution. En second lieu, le budget doit se concentrer davantage sur les domaines où il existe de manière évidente la possibilité de faire des économies par une production à

grande échelle, ainsi que sur les biens publics de l'UE – tels que la recherche et le développement, l'éducation, les transports et autres infrastructure ou environnement.

Quand on reverra les objectifs et les moyens de distribuer les ressources budgétaires de l'UE, il faudra tenir davantage compte de la subsidiarité et de l'efficacité. Nombreux sont les entreprises et groupes d'intérêt actifs dans divers programmes financés par l'UE qui trouvent les procédures bien trop bureaucratiques et lourdes. Et il pourrait y avoir plus d'intérêt à diminuer le budget et à laisser l'attribution du budget aux Etats membres ou au marché lui-même.

L'UE devrait contribuer à créer des conditions de concurrence identiques sur le marché intérieur et sur le plan global, ce qui signifie que les dépenses de l'UE ne devraient pas favoriser des pratiques contraires à la liberté du commerce et à la libre concurrence. Ne tombons pas dans le piège de quitter une agriculture subventionnée et soutenue par une concurrence distordue (la PAC) pour une situation similaire sous le couvert d'arguments environnementaux.

On peut conclure du rapport de la Commission sur les perspectives financières pour 2007-2013 qu'environ le 70% du budget de l'UE est alloué à des mesures de redistribution – c'est-à-dire 36% va à des domaines ayant trait à la cohésion et près de 34% va à la Politique agricole commune. Seul le 9% environ est orienté vers la croissance et lié aux dépenses en matière de recherche et développement, d'éducation ou d'infrastructure, par exemple. L'UE a besoin de décaler ses priorités et de se concentrer davantage sur des objectifs liés à la croissance.

D'un point de vue commercial, les dépenses budgétaires de l'UE devraient reposer sur des objectifs politiques totalement différents : recherche et développement, éducation et formation, investissements dans les infrastructures - p. ex. dans les réseaux trans-européens en matière de transports et d'énergie -, dans l'amélioration du marché intérieur, dans la liberté de circulation et sa réalisation. De ce point de vue il apparaît opportun d'améliorer la coopération entre agences gouvernementales. Des investissements substantiels sont aussi nécessaires pour que les services publics (et les e-services) puissent se développer. Dans tous ces domaines, le budget de l'UE pourrait jouer un rôle plus important.

Réalisation du marché intérieur

La libre circulation des biens, capitaux, personnes et services n'est pas aussi libre qu'elle devrait. Pour être honnête, dans de nombreux domaines il n'existe pas encore un marché interne qui fonctionne correctement. Même quand l'UE adopte une directive spécifique qui vise à harmoniser et à supprimer des barrières et à niveler la concurrence commerciale, de nouvelles barrières sont souvent érigées sur le plan national. Des compléments nationaux – appelés "dorures" dans le jargon de l'UE - sont apportés à la directive et ils constituent très souvent des barrières effectives qui empêchent la réalisation accrue du marché intérieur. ET l'UE peut difficilement contrer cela. Ma proposition consiste à renforcer considérablement la compétence de supervision de la Commission afin de s'assurer que la législation de l'UE est mise en œuvre de manière à ne pas compromettre la libre concurrence dans le libre marché international. Comme dans le domaine de la concurrence, pourquoi ne donnerait-on pas aux bureaux nationaux de l'UE des compétences et des ressources accrues pour qu'ils suivent de près le fonctionnement du marché interne, la réalisation et la mise en œuvre des divers règles et règlements ?

En résumé, il est grand temps que l'UE accélère son processus interne de réformes afin que l'Union devienne "le système économique le plus compétitif du monde basé sur la connaissance". Les deux clés de la réforme sont le budget et le marché intérieur. On ne peut pas se permettre de faire du nombrilisme. Nos défis sont plus grands. Mais aussi nos responsabilités, tant envers nous-mêmes qu'à l'égard du reste du monde. Je suis convaincu que l'UE a encore la capacité d'être un moteur pour la paix et la prospérité pour les 50 ans à venir.

EUROPEAN LETTERS OF THE ES-CK – EUROPEAN SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

The "European Letters" are published by the Coudenhove-Kalergi Society, which was established in memory of the founder of the Paneuropa movement. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans who are committed to ensuring the successful future development of the European project. The hopes and opportunities, the goals and institutions of a continent united in its diversity shall be increasingly anchored in the minds and hearts of the European citizens by an open, constructively critical dialogue.

Richard Coudenhove-Kalergi, son of a diplomat of the Austro-Hungarian Monarchy and his Japanese wife, developed soon after World War I the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed decisively to the founding of the Council of Europe in 1949. Today the political and economic realisation of the European peace project, which needs to be developed and deepened in a world of new challenges and threats through the efforts of the best of our continent, is with the European Union. Nothing and no one shall endanger the successful continuation and development of this project.

The European Society Coudenhove-Kalergi, established as Foundation in 1978, is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

Alois Mock

Former Vice Chancellor and Minister for Foreign Affairs

President of the European Society Coudenhove-Kalergi

What is in the future for the EU?

by Peter Egardt

The European Union has celebrated its first 50 years of existence. And there are no doubt many reasons to celebrate. The creation and development of the Union is to a great extent a success story. Wars have been avoided. The EU has become the world's largest single market, comprising around 500 million inhabitants as well as producers and consumers. Many of the member countries are also united by a common currency that has become an anchor in the world economy, the euro, and more countries will join. The Union has expanded from six members united by a common interest in coal and steel to a Union of 27 countries united by much wider interests and goals.

So let us rejoice for a while. But not for too long. Because the success of the EU so far must not hide the fact that the Union today faces challenges that are more profound than the Union has ever before faced. Let me mention but a few of these and then concentrate on two areas where reform is urgently needed, and where decisions need to be taken in the near future.

The world today is much bigger than it was only a few decades ago. Two billion more producers and consumers have entered the global arena. Globalisation means tougher competition for countries and businesses but also greater possibilities. The EU must relate to this fact and encourage national reforms and changes in the member states which increase our global competitiveness – like improving free movement and mobility on the labour market, stimulating innovation by investing more in education and R&D, encouraging the climate for entrepreneurship and small and medium sized businesses.

Globalisation also means increased need for united action to combat terrorism, prevent wars, protect the environment and deal with climate change. This means that a stronger Union is needed in these fields. To safe-guard a positive development of Kosovo is only one aspect of the Union's responsibilities.

The success of the EU will also in the future depend on its openness and inclusiveness. The EU must continue to welcome new members that fulfil the criteria for membership. New members should be welcome and there are some who stand in line.

I shall concentrate, though, on two specific and hands-on challenges: the need to reform the EU budget and the need to strengthen the EU to be able to better supervise a functioning internal market.

The need for EU budget reform – from CAP to competitiveness

The EU budget has not been responsive to the changing needs of Europe. This is obvious when looking at the changes that have come from globalisation and the need to adapt to a more service and knowledge dominated economy and society, the need to boost mobility, competitiveness and innovation, the need to meet demographic challenges and migratory pressure, to tackle environmental concerns and climate change along with other needs. The EU budget seems to live its own life reflecting the politics and objectives of the past, lacking both political and legal flexibility to adapt.

The present EU budget allocation reflects the political compromises made in the past when agriculture played an important role for the economy, convergence and redistribution was the main focus, and political compromise was tied to the first wave of enlargement (Spain and Portugal) depending on budget support from the structural funds.

The EU budget resources have indeed played an important role when it comes to enlargement and cohesion. But still today the main beneficiaries of the budget are still the old member states - e.g. France which receives around 13.5 billion euro, Spain 12.9 billion, Germany 12.2 billion, Italy 10.9 billion and Great Britain 8.3 billion. A large part of the budget resources tied to enlargement and the new member states has gone to supporting agriculture.

But shouldn't one of the most important tasks rather be to contribute towards filling the main knowledge and innovation 'gaps' in society laying a base for our future competitiveness?

Today's budget allocation is hardly relevant for the economy and employment of today's Europe, where in many member states, the service sector has passed both the agriculture and manufacturing sectors as the main employer and driver of growth.

There is clearly a large potential for the EU budget to be improved. First, the budget needs to focus more on growth and less on redistribution. Second, the budget needs to focus on areas where there are clear European economies of scale and on EU public goods – for instance R&D, education, transports and other infrastructure and environment.

When revisiting the goals and means for allocating EU's budget resources, subsidiarity and efficiency needs to be taken much more into account. Many companies and stakeholders that are active in different EU financed programs find the procedures far too bureaucratic and cumbersome. And there may be greater value added in decreasing the budget and leaving it up to member states or the market itself to allocate resources.

The EU should contribute to creating a level playing field both internally and globally, which means that EU spending should not promote practices contrary to free trade and free competition. Let us not fall into the trap of going from subsidized and trade distorting agricultural support (CAP) to a similar situation driven by environmental arguments.

From the Commissions report on the Financial Perspective for 2007-2013 one can conclude that around 70% of the EU budget goes to redistributive causes – i.e. 36% to cohesion-related areas and almost 34% to the Common Agricultural Policy. Only around 9% is growth oriented and tied to funding of for instance R&D, education and infrastructure. The EU needs to shift its priorities and focus more on growth oriented objectives.

From a business perspective totally different policy objectives should be considered for EU budget spending: Research and development, education and training, infrastructure investment in e.g. Trans-European Networks in transport and energy, improving the Internal Market, free movement and enforcement. Key issues for enforcement are improving government agency cooperation. Also substantial investments need to be made in order for public procurement (and e-procurement) to get off the ground. In all these areas the EU budget could play a more important role

Enforcing the Internal Market

The free movement of goods, capital, people and services is not as free as should be. To be honest: In many areas there is not yet a well functioning internal market. Even when the EU has decided on a specific directive that intends to harmonise and eliminates barriers and level the playing field for business, new barriers are often erected on the national level. Specific national additions to the directive are made – so called gold plating – which quite often constitute effective barriers to a further integration of the market. And the EU can seldom do anything about it. My suggestion would be to strengthen substantially the supervising powers of the Commission to make sure that EU legislation is implemented in a way that does not impair free competition on a free internal market. Just like in the area of competition, why not give the national EU offices increased powers and resources to follow up on the functioning of the internal market, enforcement and implementation of different rules and regulations?

To sum up: It is high time for the EU to speed up the internal reform process in order for the Union to become “the most competitive knowledge based economy of the world”. Two key areas for reform are the budget and the internal market. We cannot afford to stare at our own belly button. Our challenges are greater. But also our responsibilities, to ourselves and to the rest of the world. I am sure that the EU has the capacity to be a driving force for peace and prosperity also for the next 50 years to come.